

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6788
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3169

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 27 500 Exemplaren.

Inhalt.

Bekanntnisse. — Zum Streik der Hamburger Münzarbeiter. — In Betha 21 Mann entlassen. — Aus Staat und Reich. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Gemeinden. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Verschiedenes. — Bekanntmachung. — Anzeigen.

Bekanntnisse.

Das Protokoll der Februar-Konferenz der Verbandsvorstände ist nun veröffentlicht worden, soweit es sich um die Verhandlungen über Partei und Gewerkschaften handelt. Es ist als eine 48 Seiten umfassende Broschüre zunächst dem „Vorwärts“ beigelegt worden. Die Veröffentlichung geschah auf Beschluß des Parteivorstandes gegen den Willen der Verbandsvorstände. Es wäre allerdings bedeutend besser gewesen, wenn die Konferenzteilnehmer die Geheimhaltung des Protokolls sofort, als die „Einigkeit“ den ersten Auszug brachte, durch Beschluß aufgehoben hätten. Daß dies nicht geschehen ist, haben wir schon einmal unklug genannt. Erstens gab es nach den Veröffentlichungen der „Einigkeit“ nichts mehr zu verheimlichen, und es war doch klar vorauszu sehen, daß die „Einigkeit“ nach und nach das ganze Protokoll bringen würde. Diese Publikationen vornehm zu ignorieren und so tun, als ob sie nicht seien, ging doch wohl beim besten Willen nicht. Von Indiskretionen der „Einigkeit“ zu reden, war sehr deplaziert, denn die Einigkeitmänner hatten sich doch gewiß nicht zur Geheimhaltung der Verhandlungen verpflichtet. Sie befanden sich diesmal den Verbandsvorständen gegenüber in derselben Lage, in welcher ein Gewerkschafts- oder Parteiorgan dem Unternehmertum gegenübersteht, wenn ihm von dieser Seite aus wichtige Geheimdokumente zuweilen. C'est la guerre. Die Einigkeitmänner sind doch nun einmal nicht unsere Duiensfreunde. Woju also das Geselme über Vertrauensbruch der „Einigkeit“. Der Parteivorstand konnte nun nichts anderes mehr tun, als das Protokoll gegen den Willen der Konferenzteilnehmer zu veröffentlichen, und er handelte damit ganz vernünftig. Aber selbst wenn die „Einigkeit“ von der Geschichte gar nicht angefangen hätte, ist es doch sehr die Frage: ob es nützlich gewesen wäre, das Protokoll in wenigen Exemplaren im Archiv der Generalkommission verstauben zu lassen. Das Protokoll ist wohl das wichtigste Dokument der neueren deutschen Arbeiterbewegung, und schließlich haben die circa 1 1/2 Millionen Gewerkschaftsmitglieder ein Recht, zu wissen, wie ihre Vorstände in fundamentalen Fragen stehen. Wir können uns von der Veröffentlichung nur sehr viel Gutes für die deutsche Arbeiterbewegung versprechen, und deshalb bedauern wir es aufrichtig, daß die Mehrheit der Konferenzteilnehmer auch noch den Antrag des Parteivorstandes ablehnte und sich für „Geheimhaltung“ entschied. Wie aber schließlich jedes Ding eine Lichtseite haben muß, so auch der Geheimhaltungsbeschluß der

Verbandsvorstände: alle Welt hatte die Ohren gespitzt und aufgehört, alles ist gespannt, und es wird wohl keinen Parteigenossen und kein Gewerkschaftsmitglied geben, der sich nun nicht mit Bombeneifer über das gründliche Studium des Protokolls hermacht. Mein einziges Druckerzeugnis unserer bald fünfzigjährigen Arbeiterbewegung in Deutschland wird das Interesse der Leser so wachgerufen haben wie diese Broschüre, die gewissermaßen schon vor ihrem Erscheinen konfiziert war. Das hat also auch sein Gutes, und vor allen Dingen ist nun jeder einzelne Genosse, und mag er seine eigene Meinung für noch so unwesentlich halten, vor einer Anzahl von Fragen gestellt, die er sich beantworten muß. Er wird durch die Lektüre des Protokolls gezwungen, nicht nur über gewerkschaftliche, sondern auch über politische Grundfragen selbst erschöpfend nachzudenken. Mancher, der gewohnt war, dies bisher nicht in mindigenswertem Maße zu tun, der gern seine Meinung für und fertig von seiner Zeitung bezog, wird in dem nun ausbrechenden großen Streit der Meinungen zu eigenem Nachdenken gezwungen. Gerade das selbständige politische Denken wird durch dieses Protokoll stark angeregt werden, und das wird zunächst sein großer und bleibender Haupterfolg sein. Aber ein weiterer und, wir möchten sagen, fast noch größerer Erfolg wird darin bestehen, daß das freie, schneidappentfreie Denken in politischen Dingen in der organisierten Arbeiterschaft endlich zum Durchbruch kommt.

Der starre Dogmatismus, der bisher die politische Kraftentfaltung in unserer Bewegung geradezu lähmte, nein ertötete, wird nun wohl hoffentlich und endlich überwunden werden. Unter diesem Bann litt nicht nur allein die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Bewegung.

Jeder, der vom rechten Glauben des kommunistischen Manifestes (entstanden 1847!) auch nur um Fingersbreite abwich, und der sich erlaubte, bei selbständigem Denken zu anderen Resultaten zu kommen wie die Richtung Kautsky-Luxemburg, war ein Quidstott, Parteiverräter, Parteiverderber, der exkommuniziert und unschädlich gemacht werden mußte. Wenn solcher Meier noch einigermaßen gnädig davon kam, wurde er kurzerhand zu den „Blauamentweichen“ und „Rückgratlosen“ geworfen, die sich bei jeder Gelegenheit „lächerlich machen“. — Und der große Kaufe brüllte dann immer: So ist's recht, steinigt ihn, verbrennt ihn

In den letzten Jahren ist es schon eine kleine Idee besser geworden als vor etwa 10 oder 15 Jahren, aber es ist bei uns immerhin noch schlimm genug bestellt mit der Denzfreiheit in gewissen Dingen. Das wird nun zweifellos besser werden, und deshalb ist es gut, daß das Protokoll nicht in den dunklen Schränken der Generalkommission verstaubt.

Um nicht mißverstanden zu werden, wollen wir hier betonen, obgleich das eigentlich überflüssig sein könnte, daß wir diese Betrachtungen nicht niederschreiben, um der sozialdemokratischen Partei oder der Parteileitung bei dieser günstigen Gelegenheit eins auszuweisen, ohne viel dabei zu riskieren, oder aus hämischer Freude oder dergleichen. Wer sich einer politischen Partei anschließt und für sie wirkt, tut es doch nur deshalb, um die politische Willensrichtung, die er mit seinen

Genossen gemeinsam vertritt, zum Durchbruch zu verhelfen, ihr Gelingen zu verschaffen. Wer ernstlich Politik treibt, will nicht etwa ausschließlich einen fernem, zukünftigen Zukunftsstaat aufbauen, sondern er muß Gegenwartsresultate erzielen. Die Gestaltung künftiger Dinge kann sich doch nur aus den praktischen Erfolgen einer politischen Gegenwartsaktivität ergeben. In der Gegenwart wird Stein auf Stein gefügt zum Fundament des Zukunftsdomes. Deshalb schreiben wir bereits in Nr. 2) unserer Zeitschrift:

„Unsere Mandate im Reichstage haben sich auch ansehnlich vermehrt. Politischer Einfluß auf den Gang der Politik steht aber noch. Dies ist des Bundes Stern. Hier entspringen wieder alle neuen Tümpel und alle Unabsehenden bei Sozialisten und Sozialisten. Hier liegt der Lebensnerv des sogenannten Sozialismus, den man zur Abwechslung jetzt gewerkschaftlich bezeichnet.“

Wir fügen dem heute noch hinzu, daß gerade Politik am allerwenigsten ein starres Dogma betragen kann und eine große Volksbewegung muß alle solche Kräfte sprengen. Tut sie es nicht, hat sie dazu keine innere Kraft, dann wird sie verkümmern, man kann dann nicht von ihr sagen, daß sie gesund und lebenskräftig ist. Es sollte bei allen politischen Auseinandersetzungen in Genossenschaften deshalb vor allen Dingen darauf aufkommen, daß eine solche Heberzeugung gegen ebenfalls ehrliche Heberzeugung steht und die beide sich durchdringen hat. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ergibt es sich von selbst, daß ein ehrlicher und überzeugter Parteianhänger seiner Partei bewußt keinen Schaden und Abbruch wird zu fügen wollen, denn ihr Erfolg ist auch sein Erfolg.

Die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände — wir setzen voraus, daß der größte Teil unserer Leser das Protokoll inzwischen gelesen haben wird — fand am 19. u. 23. Februar dieses Jahres statt. Wir standen in Deutschland um diese Zeit alle unter dem Einfluß der russischen Vorgänge und des deutschen roten Sonntags. Die Einflüsse, unter denen die Konferenz tagte, sind sehr leicht zu begreifen. Die Wahlrechtskampagne in Hamburg, in Sachsen, in Preußen, die Frage, das öffentliche Leben Deutschlands zeitweilig überflutende preussische reaktionäre Strömung, das alles stimmte gewiß ernst genug. Aber es lag dennoch viel zu viel Reformismus in der Luft und viele Genossen glaubten allen Ernstes an eine Katastrophe in Deutschland. Wer die Dinge nüchtern überfah, dachte natürlich anders. Von der „radikalen“ Richtung in der Partei wurden die Vergleiche zwischen Rußland und Deutschland an den Haaren herbeigezogen. Die öffentliche Meinung über die russischen Vorgänge ist in der Tat in Parteistreisen im Gegensatz zu den deutschen Verhältnissen von einem sehr großen Optimismus beherrscht gewesen. Sind russische Zustände mit deutschen überhaupt derart vergleichbar, daß man sagen könnte, hier sind zur Zeit dieselben Aktionen durchzuführen wie dort? Wir antworten ganz glatt mit einem Nein!

Schon alle Vergleiche mit 1789 hinken. Der russischen Revolution fehlt es, so viel kann doch bald jeder Mensch mit klarem Blick erkennen, an Organisation, Plan, Ziel, Durchhaltkraft und was sonst alles noch dazu gehört.

Das russische Reich ist moribund bis ins Mark. Stimmt. Die Erbregierung seit Peter Alexanders Fall gewiß beträchtlich. Aber die Jarenregierung verfährt heute und zu dieser Stunde noch ganz hübsch „konservativ“, läßt Handreden, enternern und so fort. Aber in diesem moribunden Staat hält sich noch die Regierung. Heber ihren Zuzug läßt sich nichts voraussetzen.

In Deutschland denn annähernd so moribund? Nun ein ganz „radikal“ Verbleibender kann das behaupten. Ist in Deutschland mit seinem gleichen, gemeinen, direkten Reichstagswahlrecht, mit seiner herrlich straffen und wirtschaftlich und politisch geordneten Struktur z. B. die geeignete Demande für die offene, gewalttätige, soziale Revolution? Nur ein Narr kann das behaupten. In das deutsche Proletariat z. B. wird schätlich nur verständig so organisiert, daß es mit einem oder mehreren geratigen Massenstreiks eine neue politische oder gar sozialistische Wera inauguriert kann? Nein, bei allem gefunden Optimismus, der uns innewohnt, sagen wir nein. Dennoch aber glauben viele, viele Genossen, daß im Januar dieses Jahres schon die historische Stunde schlagen werde. Wir erinnern uns noch lebhaft aus Diskussionen auf Bezirksabenden oder engeren Genossenschaftsreisen, daß schlichte, einfache, ehrlich überzeugte Genossen Mitte bis Ende der Vier Jahre

den großen Wendepunkt, von wo ab wir alsbald direkt in die Herrlichkeit des Zukunftsstaats eingehen würden, als dicht bevorstehend bezeichneten und demgemäß ihre politische Teilarbeiten einrichteten.

Das war wenigstens noch im de-si-lo Stimmung, die erklärte viel. Außerdem war das Sozialistengesetz vorher gefallen. Aber heute schauen wir makroter ins zwanzigste Jahrhundert, doch durchaus nicht nutzlos. Eine neue Zeit mit neuen Aufgaben ist an uns herangeritten.

Von diesem Gesichtspunkte aus kann man die Verhandlungen der Vorstandskonferenz nicht richtig auffassen und verstehen. Politische und zeitgeschichtliche Vorgänge erscheinen da im Lichte der gewerkschaftlichen Erfahrung und Praxis. Wer nur ein Jahr lang praktisch gewerkschaftliche Aufführungs- und Organisationsarbeit betreibt, wer die Indifferenten einzeln heranholt zur Organisation, wer mitten in der Bewegung und den gewerkschaftlichen Kämpfen steht und ein offenes Auge hat für die ihn umgebende Welt, magt seine Weltanschauung nicht auf vergaltige Mannecke. Der starrt sich auf die Realitäten der Gegenwart und sucht mit diesen zuerst einmal fertig zu werden. Daraus ergeben sich Abweichungen in den Anschauungen von jenen Leuten, die all diesen Dingen in der Praxis nicht so nahe stehen.

Auf der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände kamen die Auffassungen, wie sie sich im Laufe jahrzehntelanger Arbeit und ständiger gebildet haben, zum Ausdruck und bilden deshalb hochbedeutende Bestimmungen. Niemandem Genosse ist darunter, der die Partei bekämpft, selbst Herkäufer will es nicht. Auf allen Seiten ist das ehrliche Streben, aus der Partei das zu machen, was sie sein soll: ein brauchbares Instrument im politischen Kampfe, kein stümperisches Dinggen zu Heuerungen. Überall ruhige Heberzeugung, die sich auf viele Jahre lange praktische Erfahrungen stützt. Dem galt es allerdings auch, schäme und besorgte Angriffe, die zwischen Köln und Jena auf Gewerkschaftsleute gerichtet waren, noch einmal frisch zu würdigen und Abwehrmaßnahmen zu treffen. Aber überall das Bestreben, mit der Partei im Einvernehmen zu sein und zu bleiben.

Wir wissen: manche oder selbst viele unserer Leser teilen nicht unsere Meinung, und sie werden auf den ersten Blick auch das nicht gut heißen, was auf der Konferenz gesprochen wurde. Sie werden insbesondere in der Massenstreikfrage wohl anderer Meinung sein. Wir glauben sogar, daß selbst unser letzter Verbandstag, wenn so en-passant eine Resolution eingereicht worden wäre, den Massenstreik mit aller Klarheit und Entschiedenheit zu propagieren, diese angemessen hätte, ohne sich lange bei den Erwägungen über Möglichkeiten und Aussichten aufzuhalten. So wenig wie in Rußland der Massenstreik als ultim. ratio wirken konnte und zuletzt gar nutzlos geendet ist, so wenig, wenn noch viel weniger wird man damit die gegenwärtigen Grundlagen des Deutschen Reiches erschüttern können. Ja sogar nach dem heutigen Stande der Dinge halten wir es sogar für unmöglich, auch nur einen Tag im gesamten Reich planmäßig, einheitlich und allgemein alle, aber auch jedes Rad still stehen zu lassen. Wenn dieser Ernst nicht mit Sicherheit vorauszusehen ist, wird's keine ganze und eindringliche Aktion. Es besteht sogar die Gefahr, daß eine große Fieberdunst und Vöppererei daraus entsteht und unsere geheime Heberzeugung dabei bis auf die Knochen blamiert wird. Die Diskussion des Massenstreiks an sich möchten wir nicht unterbinden sehen, sie erweist uns sogar zweckdienlich und notwendig.

Gleich und die Wahlrechtskämpfe in einzelnen deutschen Bundesstaaten erwite und überwiegende Dinge, um die sich vorzugsweise jeder Gewerkschaftler zu kümmern hat, aber der Parteiverband sagt ja selbst, daß dieselben z. B. kein Massenstreik insofern werden könne.

Wir gehen jetzt dazu über, die wesentlichen Stimmen der Konferenz härter zu setzen und wir erwählen unseren Lesern, sie gründlich durchzudenken. Wer dann anderer Meinung ist, hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sie hier zu vertreten, damit kommen wir jedenfalls weiter, als mit persönlichen Vermutungen und Verdächtigungen.

Müller (Zemann) beirät sehr eingehend die Angriffe auf die Gewerkschaften nach Köln und betont, daß die Gewerkschaftsbewegung in allen wichtigen Ängsten der Gegenwart die volle Anerkennung, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung beide und

ferner Respektierung gewerkschaftlicher Weisheiten, Urteile und Vetos fordern müsse. Er sagt dann wörtlich: „Wir haben ja beim vorigen Punkt gesehen, wie notwendig die Gewerkschaftsaktionen es halten, die jenen der Partei dieser Dinge ein größeres Verständnis entgegenzubringen, und ich glaube, es kann nicht schaden, wenn wir das hier mit Nachdruck betonen. Nach dieser Richtung haben sowohl die Führer der Partei als auch eine Reihe politischer Exponenten und insbesondere eine Reihe von Freigedankenen vor und nach Möln, vor und nach dem Kampf, gehandelt. Und dagegen erhebe ich Einwände. Diese Sünden sind nicht nur zu bedauern, sondern sie müssen auch von dieser Stelle, aus gewerkschaftlichem Interesse und Selbstberufung heraus, entschieden verurteilt werden. (Sehr richtig!) Auch da werden meiner Meinung nach erheblich und bildend die Vorgänge in Bayern wirken. Wir dürfen uns in der Gewerkschaftsbewegung nicht ausschließlich vom Gefühl, von verärgerten Gemütsentwaffnungen leiten lassen, wir dürfen uns nicht leiten lassen von einer gewissen Romantik, sondern für uns muß maßgebend sein die Vernunft und vor allem ein geübter Realismus. Das müssen unsere Väter in gewerkschaftlichen Leben sein, das müssen wir auch den Parteimitgliedern ernst zu Gemüte führen.“

Was hat sich nun nach Möln abgespielt? Wie hat man polemisiert? Wie hat man gewerkschaftlich, um nicht zu sagen gewerkschaftsfeindlich? Nur einige wenige Beispiele aus der Parteipresse, um zu zeigen, wie man dort zu polemisieren beliebt hat! Hier eine Briefstimme über den Mölner Gewerkschaftskongress: — es kommt allerdings Frau Dr. Rosa Luxemburg in Frage (weiter fort) . . .

Zunächst war eben dieser Grundton, der aus der ganzen Generalversammlungsberichterstattung, nicht die „Erschlaffung“, sondern die „Vormiertheit“, und hier hat noch kein Monarch der Gewerkschaften in Deutschland hervorgehoben, auf der die Vormiertheit so stark hervorgetreten ist wie in Möln. (Laut! hört!) Eine selbstgefällige, prahlende, selbstherrliche Vormiertheit, die an sich selbst eine große Freude erlebt, sich an sich selbst bewundert, die sich über alle Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung erhaben dünkt, welche sie gar nicht verstanden hat, die über ein historisches Produkt glaubt Nichterfahrungen fallen zu können, die sich um Monarchischkeiten den Feind kümmert. (Schallendes Gelächter.) Die selbe Vormiertheit war schon nahe daran, die Idee der Arbeiterliga zu verwerfen und sich selbst zu verwerfen. Und diese selbe Vormiertheit verurteilt uns dann zum Schluß: „Wir nicht bange werden! Die Reaktion kann uns nichts tun! Sie soll uns ruhig alles nehmen, das Wahlrecht, das Konstitutionsrecht, alle Rechte — wir bleiben auch dann noch halt!“ Wenn das nicht heißt, die Arbeiterschaft in unverantwortlicher Weise in gefährlichen Organisationsnetzen einzulassen, dann wissen wir nicht, was sonst Demagogie und Verführung der Arbeiter heißt.“ (Große Bewegung.)

Als ich (Sattler) über diesen Ton über die Gewerkschaften vernahm, wenn sie sprechen: „Die Gewerkschaften, wenn sie nicht mehr in Reich und Glied laufen, können nicht mehr so leben und denken wie ihre Vätergeneration.“ (Laut! hört!) Wie, wenn nicht? Das soll kein Verweis sein, aber es ist doch selbst verständlich, daß wenn wir noch alle in der Wehrstande stehen und uns mit politischen Kämpfen befassen könnten, wir vielleicht mehr davon interessiert wären, das möglichst bald eine Änderung der Gewerkschaftsordnung einzuführen, als wie es jetzt der Fall ist. (Laut! hört!) Wie? Das tritt auf die Parteiangewählten noch in großem Maße zu! . . .

Kohlmann (Zweiter): Wir sind vom Gewerkschaftskongress nach Hause gekommen. Was haben wir vorgefunden? Aufgehobenen Widerstand bei den Arbeitern. Soll jeder von uns bei sich vorwärts gehen lassen können, und besonders diejenigen Parteigenossen, die um dem Arbeiter eine führende Stellung inne hatten, die dem Arbeiter die Handlung anweisen. Das wollen wir nicht bestreiten? Glauben Sie denn, daß diese Stimmung eine so unnatürliche, daß sie nur die Arbeit gewisser Parteigenossen und Parteigenossinnen sein kann? E nein, ich sage, viel zu dieser Stimmung hat beigetragen die ungeheure schwankende Haltung des Monarchen. In der Arbeiterfrage sind wir nicht mit vertriebenen Grundtönen nach Hause gekommen, und ebenso war das der Fall in der Frage des Wahlrechts. Ich habe unsere Stellung dazu auf unserer Generalversammlung präzisiert und vorgetragen und ich kann sagen: Nur die Art der Resolution ist es, die uns den Ausgangspunkt für die Partei und Gewerkschaften gebracht hat, und die wir dieser Partei in nach dem Gewerkschaftskongress nur veridantieren können. Innerhalb befinden sie sich wieder . . .

Reinhold (Zweiter): Die Auseinandersetzung zwischen Partei- und Gewerkschaftsbewegung entsteht aus der Theorie unserer Partei, wie sie bisher ausgeführt wurde. Die magdeburger Theorie für die deutsche Arbeiterbewegung ist geschrieben worden von Marx, Engels und Mannes. Wenn ich mich nun mit Mannes befaßte, so mußte, um ihn als Person in die Debatte zu ziehen, sondern weil er der offizielle Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie ist. Man in dieser Hinsicht erwähne ich ihn. In seinem Buch „Das Communistische Programm in seinem grundsätzlichen Teil“ behandelt er auch die Gewerkschaften. Ich will daraus nur zwei Sätze zitieren. Er heißt dort: „Die direkten wirtschaftlichen Erfolge der Kampfe der arbeitenden Proletariat sind in der Regel gering. Ihre Gewinne in eine lange Reihe von Niederlagen, unterworfen von wenig geringen Erträgen.“ (Engels.)

Aber gleich dem tiefen Antanz der griechischen Sage schöpfen die Proletarier aus der Niederlage neue Kraft. Wie immer der Ausgang sein mag, er ist es, der die Arbeiter moralisch hebt, der alle jene Eigenschaften in ihnen hervorruft und zur Geltung kommen läßt, die wir eben als die charakteristischsten des Proletariats bezeichnen haben, der ihnen moralische und gesellschaftliche Wiedergeburt fördert, auch wenn es zu seiner ökonomischen Förderung nicht beiträgt, vielmehr gar eine wirtschaftliche Schließernennung zur Folge hat.“ Weiter heißt es: „Das kämpfende Proletariat ist aber das weitaus wichtigste und ergiebigste Rekrutierungsgebiet der Sozialdemokratie. Sie ist im weitestlichen nichts anderes, als der gewaltigste Teil des kämpfenden Proletariats; dieses hat die Forderung, immer mehr gleichbedeutend zu werden mit der Sozialdemokratie; in Deutschland und in Österreich sind beide fast ausschließlich geworden.“ Nach dieser Theorie wird der Kampf an sich als das wesentlichste Element der Gewerkschaftsbewegung aufgeföhrt. Bei uns in der Kampf nur ein Mittel zu dem Zweck, die Lage der Arbeiter zu verbessern. (Sehr richtig!) Diese grundsätzlichen verchiedenen Auffassungen der Gewerkschaftsbewegungen müssen schließlich zu Auseinandersetzungen führen. Weiter kommt das weitere auf die Proklamation von Rosa Luxemburg „Revolution oder Sozialreform“ zu sprechen und sagt dann: „Wer der sogenannten radikalen Strömung in der Partei auf den Grund gehen will, der endet immer mit dieser Proklamation. Rosa Luxemburg hat die literarische Führung der Radikalen. (Sehr richtig!) Wer die radikale Gruppe verstehen will, die ja in den bedeutendsten Parteiblättern Boden hat, der muß auf jene Proklamation zurückkommen. Nun ist in jener Proklamation freilich nichts weiter als eine Qualifikation des kommunistischen Manifestes, sie rechnet mit den heutigen Verhältnissen gar nicht, die Gewerkschaften werden darin so aufgefaßt, wie sie in Deutschland nicht existieren. Daher kommt die Frau auch zu dem Schluß, daß es sich in der Gewerkschaftsbewegung um Euphuismus handelt.“

Tisch (Daddeder): Wenn man den Verlauf des Mölner Gewerkschaftskongresses ansieht, so muß man sich fragen, warum eigentlich die Resolution Schmidt zurückgezogen ist, obwohl eine große Majorität vorhanden war. Wenn man weiß, man hat das Bedenke getroffen, denn braucht man doch den Rückzug nicht . . . Die Resolution wurde zurückgezogen, man hat es bei dem Antiföderalistischen Weisheit gelassen, das war kein Zusammengehen, sondern ein Auseinandergehen. Auch Müller sagte heute, es sei erklärlieh, daß Partei und Gewerkschaften nicht in allen Fragen einig sind, er schloß sich auch dem Ausdruck von Böhmung nicht an. Aber, wenn man einen solchen Ausdruck tut, dann muß man ihn auch in der Praxis umsetzen und danach handeln. Das ist bei uns nicht überall vorhanden. Soll es in Zukunft besser werden, dann müssen wir dafür sorgen, daß solche unglückliche Polemiken nicht mehr erlaubt werden. Ich verweise auch den Standpunkt mancher Parteimitglieder bei manchen Zwecken, ich erinnere z. B. an den Streit im Kärntener. Da war es unverantwortlich, daß Tscholl den Führern nach München geschickten die Weine warf. Aber es handelt sich doch nur um einzelne Personen. Wie kann man sagen, man blüht mit solchen Augen auf uns, weil die deutsche Gewerkschaftsbewegung so naiv ist. Heute weiß die Partei, wenn die Arbeiter, wenn die Redakteure, daß mit dem Augenblick, wo die Gewerkschaftsbewegung abnimmt, auch die politische Bewegung abnimmt. (Laut! Das wissen sie eben nicht!)

Wilm (Sattler): Ich habe seit einer Reihe von Jahren die Beobachtung gemacht, daß zu den wichtigsten Fragen, die zwischen Partei und Gewerkschaften bestehen, ein großer Teil, ich möchte sagen, der größte Teil unserer Gewerkschaftspresse keine Stellung nimmt. (Sehr richtig!) Aus diesem Umstände erklärt sich auch die Bewegung, die innerhalb der Partei ihren Boden findet und insbesondere gewissermaßen leichtes Ziel hat. Ein großer Teil unserer gewerkschaftlich organisierten Mitglieder wird dadurch gegen die Gewerkschaftspresse und gegen die Führer aufgebracht. Wäre das nicht der Fall, würde der größte Teil der gewerkschaftlichen Presse zu allen solchen Fragen kritisch Stellung nehmen, wäre die Selbstkritik vorhanden, dann, glaube ich, würden unsere Kollegen nicht in der Form gegen die Führer Stellung nehmen, wie es der Fall ist. Ich habe in meinem Organ ausgeführt, daß es zwar für den einzelnen Redakteur sehr bequem ist, auf diese Weise sein Platz zu verdrängen. Vor allem legt man sich der Gefahr nicht aus, daß man mit dem Verbandsvorstand und der großen Masse in Konflikt gerät, wie wir es bei Georg Schmidt erlebt haben. Die Leute, die an der Spitze eines Gewerkschaftsblattes stehen, müssen unter allen Umständen den Mut und die Pflicht haben, zu wichtigen Fragen Stellung zu nehmen, auch wenn gegen den Strom zu schwimmen und den Mitgliedern zu sagen, was sich gebiert. Ich erkenne deshalb die Stimmen, die sich gegen einen Teil der Redaktionen von Gewerkschaften ausgesprochen haben, z. B. im „Tabakarbeiter“ und der „Arbeiter“, an, weil sie überhaupt Stellung nehmen. Der größte Teil unserer Presse aber nimmt, wie gesagt, zu den wichtigsten Fragen keine Stellung. Es war eine Schwäche, mit anzugehen, wie ein großer Teil unserer Blätter den kleineren Parteien mit der Feder behandelt hat. Die Redaktionen wurden ausgeschlachtet und angefaßt, und damit war alles gemacht. Das geht nicht, daß von jedem gewerkschaftlichen Redakteur, daß er zu einem so wichtigen Gegenstand, Stellung nimmt, die Meinung seiner Mitglieder herausfordert und diese erzieht. Auch zu den Parteitagen von Jena und Dresden hat der größte Teil der

Presse keine Stellung genommen. Ein großer Teil unserer Gewerkschaftsredakteure bildet sich keine Meinung darüber, wie im allgemeinen die Verhältnisse aufgelöst werden. Zieht die Masse mit den Redaktionen in Uebereinstimmung, dann ist es leicht, Artikel zu verbreiten, und mit der Masse mitzugehen, aber wenn man isoliert dasteht, dann läßt man seine Meinung lieber unter den Tisch fallen; man sagt seine Meinung wohl privatim, aber öffentlich bekennt man sie nicht. Es wurde gestern Robert Schmidt vorgeworfen, daß er in Jena gesagt hat, es sei ein Glück, daß die „Neue Zeit“ nicht so sehr gelesen wird. Ich habe einige Wochen vorher schon das gleiche in meinem Organ geschrieben, und zwar aus ganz bestimmten Gründen heraus. In einem Artikel von Fleischer kurz vor dem Parteitag heißt es: „Das Uebertünchen der Unterstützungseinrichtungen braucht aber nicht nur die vorhandenen Kräfte ganz; und gar für Verwaltungszwecke auf, es benachteiligt auch die Partei, weil die notwendig sehr in die Höhe getriebenen Gewerkschaftsteuern vielen Arbeitern die Zahlung von Parteibeiträgen sehr erschweren. Wenn schlecht bezahlten Arbeiter spielen eben auch Großen eine Rolle.“ Wenn man weiß, in welcher Weise die Gewerkschaftsführer im Kampfe stehen, und welche Opfer es gekostet hat, bis wir die Beiträge auf diese Höhe gebracht haben, dann ist ein solcher Anspruch ganz unverantwortlich. Ich solche Meinungen in der Partei bei einzelnen Leuten vorherrschen, will ich noch durchsetzen lassen, aber es kennzeichnet den Charakter und die Strömung, daß die „Neue Zeit“ solchen Ausführungen ihre Spalten öffnet. Mantelky hätte es sich überlegen müssen, ehe er so etwas durchgehen ließ. Ich glaube, daß, abgesehen von einem oder zwei Blättern in der ganzen Gewerkschaftspresse, gegen diese Neuerung, die uns tatsächlich in unserem gesamten Aufwande erschwert, von niemandem Stellung genommen ist. Das hätte aber geschehen müssen, und deshalb halte ich es auch für richtig, daß das „Correspondenzblatt“ zu anderen Fragen, z. B. über „Vorwärts“ Frage, Stellung genommen hat. Das „Correspondenzblatt“ hätte sich aber auf die bloße Kritik beschränken sollen, und es ist es mir in verschiedener Hinsicht noch nicht weit genug gegangen. Ich habe es aber für unzulässig gehalten, daß man in einer so hochwichtigen Frage gewissermaßen der Gewerkschaftspresse eine Meinung aufgelesen hat. (Sehr richtig.) Ich verlange, daß unsere Redakteure sich eine selbständige Meinung in solchen Fragen bilden, und ich habe deshalb auch die Zulassung der Generalkommission nicht aufgenommen, ich habe eine andere, noch viel schärfere Kritik geübt wie Umbreit. Hier handelt es sich doch um etwas ganz anderes als etwa um einen Artikel über die Streiksituation, über die ein großer Teil unserer Redakteure aus Mangel an Zeit nicht schreiben kann. In so wichtigen Dingen aber verlange ich, daß unsere Redakteure sich eine eigene Meinung bilden. (Zustimmung.) Es muß dahin kommen, daß zu allgemeinen Fragen, die die Partei und die Gewerkschaften gleichmäßig interessieren, auch die gewerkschaftlichen Redakteure Stellung nehmen.

Simon (Schumacher): Wenn wir mit irgend einem Beschlusse nicht einverstanden sind, so haben wir als Parteigenossen die Pflicht, in denjenigen Organisationen unsere divergierende Meinung zur Geltung zu bringen, wozu wir gehören. Wir sind doch innerhalb der Partei die Majorität. Die Resolution Webers von Jena legt ausdrücklich auch den Parteigenossen die Pflicht auf, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, das ist ein ganz bedeutender Fortschritt gegen früher, wir leben, daß die Partei Mittel und Wege sucht, um der Gewerkschaftsbewegung entgegen zu kommen.

v. Elm (Zigarettenfortierer): Wie hat man denn die Resolution von Jena seitens dieses Teiles der Parteipresse und der radikalen Genossen ausgelegt? Hat man sich etwa an die Resolution gehalten, hat man sich an den Beschluß gehalten, man wolle das Mittel des politischen Massenstreiks eventuell anwenden gegen einen Wahlrechtsraub oder auch zur Erwerbung des Wahlrechts? Wahre! Davon war keine Rede mehr, sondern bei der Reichstagsöffnung, da ließ die neue „Vorwärts“-Redaktion die Glocke des Präsidenten zur Sturmglode der Revolution werden. In einem nächsten Artikel wurde uns geraten, gegen die Stottenvorlage eine Massenaktion zu inszenieren, und aus der russischen Revolution zog man die ganz merkwürdige Schlussfolgerung, die „Palastkaiser“ in Europa zu entzünden, die „moribunden Staatsgebäude“ zusammenstürzen zu lassen, und diese Revolution, die kommende, die bald kommende Revolution, die sollte nicht etwa uns ein freies Wahlrecht bringen, die sollte uns den Anfang der sozialistischen Gesellschaft bringen. (Lachen.) Ja, derartig tolles Zeug (sehr gut) ist in der Parteipresse geschrieben worden, und wenn man sich dagegen wehrt, dann kommen die radikalen Herrschaften und sagen, das ist eine katastrophenartige Entwicklung, dann muß man es sich gefallen lassen, daß man die alte Tante umtrüffelt wird. Ja, die Zeit wird kommen, wo wir reden können, ohne uns dem Verdacht auszuliefern, daß wir demütigen wollen, und dann werden wir reden, und zwar recht deutlich reden. Ich könnte eine ganze Menge Pläne vorführen. Keinen Sie einmal die Revolutionsnummer, was Meia Luxemburg, was Mantelky dort geschrieben hat, welche Schlussfolgerung in Bezug auf Deutschland aus der russischen Revolution gezogen wird! Ja, derartig ist in Jena nie beschlossen worden. Es ist vollständig falsch, einfach zu sagen, wer dagegen Front macht, der habe sich gemauert, bei dem sei eine katastrophenartige Entwicklung eingetreten.

Was ist denn in Jena als Voraussetzung des Gelingens des Massenstreiks hingestellt? Die Stärkung der Organisationen des Proletariats, vor allem die Stärkung der Gewerkschaften, und wenn die Leute, die sich auf die Jenaer Resolution stützen, nachher kommen und unsere ganze gewerkschaftliche Arbeit herunterreißen und als Zimbabusarbeit bezeichnen, dann sollen wir noch sagen, daß sie denselben Standpunkt vertreten, den wir in Jena vertreten haben? Das sollen wir uns gefallen lassen? Es ist viel über die Art der Kritik geredet worden. Auch ich bin der Meinung, daß vielleicht auf beiden Seiten etwa gefehlt sein mag, aber jedenfalls hat die Parteipresse das allerbestmögliche nach der Richtung hin geleistet. Das, was an vorläufigen Angriffen geleistet ist, erscheint mir an und für sich noch nicht als das Gefährliche. (Regen: Aber es ist typisch.) Was ich dagegen sehr schmerzlich empfinde, das ist die geistliche Verabredung der gewerkschaftlichen Tätigkeit. (Sehr richtig.)

Der größte Teil der sogenannten Radikalen in Westfalen sind sie nicht radikal, wenn man den Firnis abstreift, bleibt mitunter ein ganz gewöhnlicher Zieher übrig (sehr richtig) — diese sogenannten Radikalen haben nicht im Sinne von Jena die Resolution zu fraktionieren gesucht.

Die Verständigung mit dem Parteivorstand wünsche ich unter allen Umständen, ich bin aber der Meinung, man soll nicht erst dann eine Verständigung haben, wenn Differenzen vorhanden sind, sondern schon vorher, um Differenzen zu vermeiden. Das ist die Hauptsache. Jetzt treten Parteivorstand und Generalkommission zusammen, um, wenn das Mind in den Rücken gefallen ist, zu retten, was zu retten ist. Das halte ich für sehr verkehrt. Mir liegt vor allem daran, daß auf einem wichtigen Gebiet eine Verständigung von vornherein gesucht wird, und zwar auf sozialpolitischem Gebiet. Ich bin fest überzeugt, wenn dort ein gemeinsames Kampfgebiet mehr als bisher geschaffen würde, dann würden auch die Differenzen weit mehr verschwinden. Heute ist unsere politische Tätigkeit eine ziemlich unfruchtbare. (Zustimmung. Auf: Vollständig.) Gerade von gewerkschaftlicher Seite müßte darauf gedrängt werden, daß diesem unglücklichen Zustand ein Ende gemacht würde.

Herhäuser (Quadrader): Es ist gar nicht möglich, irgend einen Punkt, der das allgemeine Interesse der Arbeiterschaft hervorruft, zu behandeln, man darf es gar nicht wagen, einen Punkt anzuschneiden, der das Lebensinteresse der Arbeiter betrifft, ohne daß man sofort in einer Weise heruntergemacht wird, daß kein Hund ein Stück Brot mehr von dem betreffenden nimmt. (Sehr richtig.) Woran liegt es denn, daß diese Differenzen hervortreten? Ich bin nun neunzehn Jahre Redakteur und habe vom ersten Tage an fortgesetzt dagegen zu kämpfen gehabt, daß man unieren Interessen seitens der Partei nicht Rechnung trug. Wie wir feierlich unsere Tarifgemeinschaft errichteten, das ging doch die Partei nichts an. Woher kommen denn immer die Unkenrufe, daß das Unterstützungswesen zur Verhinderung führt? Woher kommen denn alle die Stimmen, die es den Gewerkschaftsführern so schwer machen, ein gemeinsames Arbeiten mit ihren Kollegen herbeizuführen? Immer von den Leuten, die die Welt nicht schnell genug erleben können, von den Theoretikern, die da glauben, jeden Tag dem lieben Gott gestohlen zu haben, wo sie nicht eine neue Theorie entdecken. So eigenartige Verhältnisse wie in unserer Organisation müssen von der Partei berücksichtigt werden. Ich bin als Parteigenosse nach Leipzig gekommen und fühle mich auch heute noch als Parteigenosse, wenn man mich auch unzulässig wegen meiner Stellung zur Tarifgemeinschaft aus der Partei hinausgemobelt hat.

Man kann nicht sagen, daß das ein Standpunkt ist, der den Interessen der Gewerkschaften Rechnung trägt, wenn z. B. die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt:

„Man hat häufig die politische und die gewerkschaftliche Organisation als die beiden gleichberechtigten und einander ergänzenden Teile der proletarischen Massenbewegung bezeichnet. Die Auffassung ist schon aus dem Grunde falsch, weil die gewerkschaftliche Bewegung gar keine Massenbewegung ist. Sie ist die Bewegung der Arbeiteraristokratie, nicht der Arbeiterklasse. Sie steht nicht in einem ergänzenden oder gegenläufigen, sondern in gar keinem Verhältnisse zu der proletarischen Massenbewegung. Sie ist an sich weder gut noch schlecht.“ (Große Heiterkeit.)

Paplow (Maurer): Wir haben auf dem stöhrer Gewerkschafts-kongress nicht gesagt, daß wir das Kampfmittel des Massenstreiks überhaupt nicht wollen, aber wir, Pömelburg und ich und noch viele andere, haben erkannt, daß wir auf lange Zeit hinaus nicht daran denken können, von diesem Kampfmittel in Deutschland Gebrauch zu machen. Da bin ich konsequenter weiter gegangen und habe gesagt: „Wenn ich das weiß, darf ich weiter nicht darüber diskutieren, denn die Diskussion kann nur an der Oberfläche haften, sie bildet doch nur eine Diskussion über die Diskussion, und was wir ansprechen müßten, das dürfen wir nicht ansprechen. Deshalb habe ich in meinem Organ gesagt, die Diskussion muß überhaupt verschwinden. Auch der Parteivorstand hätte vor Jena wissen müssen, daß der preussische Staat nicht vergleichbar ist mit Russland, daß Preußen-Deutschland mit so ungeborenen Waffen ausgerüstet ist, daß jeder Massenstreik, jede Vorbereitung zur Revolution niedergeladlagert würde. Die Erkenntnis kam dem Parteivorstand rechtlich spät, kurz vor dem 21. Januar. (Sehr gut.) Das zeigt nicht dafür, daß die

Parteilichkeit in guten Händen ist. Ich bin der Meinung, daß sich die Genossen, auch der Parteivorstand, viel zu viel von unverantwortlichen Schiefern in der Partei leiten lassen. (Zehr gut.)

Sachse (Vergarbeiter): Ja, Düwels! Entweder hat er 1904 in der „Neuen Zeit“ die Wahrheit geschrieben, dann steht er auf unserem Standpunkt in bezug auf unsere Fattit beim Vergarbeiterstreik, oder aber er hat beim Ausbruch des Streits die Wahrheit geschrieben, und dann müssen wir ihn auf das allergrößtmögliche bekämpfen. Ich bin der Meinung, daß er in Nr. 8 der „Neuen Zeit“ seine Ueberzeugung ausgesprochen hat und daß er bei Abbruch des Streits nur aus Niederträchtigkeit und Knüttel zwischen die Fingern hat werfen wollen. Wenn man die Matter liest, wo er seine Weisheit abgelagert hat, wenn man sieht, in wie verlogener Weise von ihm die Zeitungen unterrichtet sind, dann kann man von einer ehrlichen Absicht nicht reden. (Zehr richtig!) Es ist davon gesprochen worden, daß die Führer bei Abbruch des Vergarbeiterstreits wankten. Nein, die Führer haben nicht gewankt, sie waren davon fest überzeugt: entweder abbrechen oder es gibt nächste Woche das Militär. Hätten wir nicht genügend Geld auszahlen können, so wären Militär und blaue Völkner die Folge gewesen, und unsere Bewegung wäre elend zugrunde gegangen. Das war unsere feste Ueberzeugung, die wir zum Teil ausgesprochen hatten ein paar Tage vorher, als Düwels dabei war. Da schweigt er, aber nachher rächt er sich in so niederträchtiger Weise.

Treher (Transportarbeiter): Wenn man über solche Fragen (Massenstreik) distinkt, so sollte man erst die Grundlagen schaffen und die Gruppe organisieren, die die Avantgarde bildet (die Eisenbahner) . . .

Wie in der Theorie die Gewerkschaftsbewegung bekämpft wird, das sehen wir am besten an der „Leipziger Volkszeitung“, die ist ja bekanntlich der Quell aller marxistischen Weisheit, aber ich möchte behaupten, daß es nirgends weniger Marxismus gibt, wie gerade in der „Leipziger Volkszeitung“, denn dort wird gegen die Grundlage der materialistischen Geschichtsauffassung am meisten verstoßen. (Zehr richtig!) Dort wird der persönliche Kampf geführt, obwohl doch nach der materialistischen Weltanschauung nur die Personen, sondern die Verhältnisse an den Dingen schuld sind. Ich glaube, wenn Marx die Münzfällungen, die auf seinen Namen begangen werden, noch hören könnte, er würde sich ganz sicher im Grabe umdrehen, denn deraartiges Zeug hat Marx nie zusammengeschrieben. Wer seine Werke kennt, der weiß, daß er solche Anschauungen über die Gewerkschaftsbewegung nie und nimmer geäußert hat, daß er derartige Anschauungen über Revolution, über Massenstreik, wie sie heute verbreitet werden, niemals vertreten hat. Die „Leipziger Volkszeitung“ schrieb z. B. im vorigen Jahre:

„Bei Ueberwindung der Gewerkschaftsbewegung kann man nur zu leicht solche Gruben übersehen und hineinpurzeln. Es ist ein Grundirrtum, anzunehmen, jede Lohnerhöhung bedeute einen entsprechenden allgemeinen sozialen Fortschritt. Im Gegenteil kann die Einkommenserhöhung für einen Verfall eine wirtschaftliche Schwächung der Gesamtheit einschließen.“

Also wir dürfen keine Lohnerhöhungen mehr verlangen, denn dadurch könnte die Gesamtheit geschädigt werden! Das wird in einem sozialdemokratischen Blatt als theoretische Weisheit verzapft. Dann heißt es weiter:

„Nehmen wir an, das Kohlenmagnatentum läßt eine Lohnerhöhung für die Gesamtbelegschaft in Summe von 50 Millionen Mark eintreten, gleichzeitig wird eine Preissteigerung vorgenommen, die eine Mehrbelastung der Konsumenten um 100 Millionen Mark ausmacht, so hat die Vergarbeiterchaft zwar 50 Millionen Mark nominell gewonnen, die Gesamtheit hat aber trotzdem 50 Millionen Mark auf dem kapitalistischen Altar opfern müssen. Und auch die Vergarbeiter haben nicht einen absoluten, sondern nur einen nominellen Gewinn in der angegebenen Höhe davongetragen.“

Wenn diese Theorie richtig ist, dann wäre tatsächlich die Gewerkschaftsbewegung eine Sühnpflicht, nur dazu angetan, den Kapitalisten höhere Gewinne zu verschaffen. (Zehr richtig!) Es ist Düwels, der das geschrieben hat. Wenn diese Theorie in einem sozialdemokratischen Blatt vertreten wird, dann ist es kein Wunder, wenn die Indifferenten sagen: Wozu sollen wir die hohen Beiträge opfern, wenn uns der Kampf doch nichts nützt?

Pösch (Gastwirtsgehilfe): Bei der Aussprache über den „Vorwärts“ Konflikt hat ein Genosse ein ausgezeichnetes Wort gesagt: Es tritt die Erkenntnis zutage, daß, während in Rußland diejenigen, die die Radikalen sind, am allergrößten dem Feinde stehen, in Deutschland diejenigen, die die Radikalen spielen, am allergrößten den Gehältern von 5000 und 6000 M. stehen. (Zehr gut!) Das sind die Dinge, die häufig zu diesem Ultra-Radikalismus beitragen.

Vömelburg (Kawer): Ich bin eigentlich der Veranlasser, daß auf dem Kongress in Köln die Frage: Generalstreik und politischer Massenstreik erörtert wurde. Man könnte, wenn man die Dinge rein oberflächlich betrachtet, wie es auch heute zum Teil geschehen ist, zu dem Schluß kommen, daß ich eigentlich das Hauptfahndel in der Sache bin. Aber so liegt es nicht. Wenn ich es zufällig gewesen bin, der den Antrag stellte, den Punkt auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen, so wurde ich dazu veranlaßt durch die Verhältnisse und durch das, was man gewissermaßen klar voraussehen

konnte. Ich sagte mir, daß es zurzeit nach Lage der Dinge vollständig ausgeschlossen sei, der offiziellen Stellungnahme zum politischen Massenstreik aus dem Wege zu gehen, und erinnerte mich vor allem an die unangenehmen Dinge, die sich daraus ergeben hatten, daß man in Paris im Jahre 1889 in einem Moment höchster Begeisterung, wenigstens so weit die deutschen Delegierten in Frage kommen, einen Beschluß gefaßt hatte, in einer Frage, die, wenn sie zu anderer Zeit erörtert wurde, jedenfalls ganz anders entschieden worden wäre. (Zehr richtig!) Ich erinnerte mich vor allen Dingen auch daran, daß uns der Pariser Beschluß von 1889 doch in manchen Punkten in eine sehr unangenehme Lage gebracht hat, wir können ruhig sagen, daß uns das, was dort im Moment höchster Begeisterung beschlossen ist, für die Zukunft keine große Freude bereiten wird. (Zehr richtig!) Ich sagte mir ferner, daß allen Gewerkschaftlern die Pflicht obliege, dafür zu sorgen, daß in bezug auf den Massenstreik nicht ähnliches geschehe, daß nicht ein einseitiger Beschluß gefaßt werde.

Wir achten ja unseren Genossen Vöbel alle sehr hoch, aber ein Mensch ist er doch auch nur, der genau so gut wie wir unter dem Einfluß seiner Umgebung steht. Wenn z. B. Staudinger im „Steinarbeiter“ sich so auf die Seite von Geher geschlagen hat, so muß man immer berücksichtigen, daß diese Blätter in Leipzig erscheinen. (Weiter!) So geht es auch bei den leitenden Personen der Arbeiterbewegung. Diesmal waren es nicht einzelne Personen, die die Meinung Vöbels beeinflusst haben, diesmal war es eine Bewegung.

Süß (Vergarbeiter): Werhäusers oft zitierte Auslassungen, wenn ich auch seine persönliche Art nicht gutheiß, kann ich recht gut verteidigen. Was Werhäuser sachlich über die praktischen Möglichkeiten der Arbeiterbewegung vertritt, ist die Meinung vieler, sehr vieler Genossen.

Kollegen! Sie fürchten sich nur zu sagen, was ist, denn es ist nicht angenehm, zum Mittelpunkt eines Kreuzfeuers gemacht zu werden. Daß Gewerkschaft und Partei sich in einer Krise befinden, wissen wir alle, aber nur wenige haben den Mut zu sagen, was ist. Es muß gesagt werden hier in unserem Kreise, daß wir nicht zu lächeln wagen, was wir sind. Unsere organisierte Kraft entspricht nicht unseren öffentlichen Äußerungen. Und weil wir das wissen, befinden wir uns in einem fortgesetzten inneren Konflikt mit uns selbst. Wer wird denn von uns in Saarabien und Oberschlesien auftreten, wie es uns Ueberredungsumuten? Aber auch in den anderen Revieren sind wir noch viel zu schwach, um den von gewisser Seite beliebigen Kraftworten den nötigen Nachdruck verleihen zu können. Das gesteht man nur nicht ein; es laßt deshalb ein Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit. Wer aber aus der Wirklichkeit die Konsequenz zieht, läuft Gefahr, in der gefährlichsten Weise angegriffen zu werden. Das hält unsere Genossen vielfach ab, ihre durch reichliches Nachdenken gewonnene Ueberzeugung von der Unfruchtbarkeit der jetzigen Situation auszusprechen. Die geistige Entwicklung wird dadurch gehemmt, wir leiden unter Intoleranz und inneren geistigen Konflikten. Bald sind wir unbuldsamer wie die katholische Kirche. Das Gefühl ist weitherrschend in der Gewerkschaft und der Partei.

Zum Streik der Hamburger Münzarbeiter.

Nach fast vierwöchentlicher Dauer ist der Streik am 9. d. M. für beendet erklärt worden. Wir haben das Gesicht verloren. Von dem am Streik beteiligt gewesenem Arbeitern und Arbeiterinnen soll niemand wieder in den Münzbetrieb und das Staats-Münzenlaboratorium hineinkommen. Und doch haben wir, so paradox das auch klingen mag, in der Hauptsache den beabsichtigten Zweck erreicht. Wir befinden uns auf dem Vormarsch!

Vorpostengefächte werden im Kriege vermieden oder zugelassen aus taktischen oder strategischen Gründen, den Feind über die eigenen Absichten, Stellungen und Bewegungen zu täuschen. Und deshalb kann auch durch ein verlorenes Gefecht sehr wohl der gewollte Zweck erreicht werden. Wenn aber auch das Gegenteil eintritt, der Ausgang des Einzelgefechtes wird an sich für die schließliche Entscheidung der Gesamtkraft bedeutungslos sein. Und keine geschulte Truppe wird das Vertrauen zu sich selbst oder zur Feuerführung verlieren, weil ein irgendwo vorgehobener Felsen verdrängt wurde, besteht doch die Möglichkeit, daß gerade dadurch die eigene Position eine Verbesserung erfährt.

Wir waren uns schon von vornherein darüber klar und haben es auch den beteiligten Kollegen und Kolleginnen vor der Abstimmung über den Streik gesagt: „Stempelt die Behörde die Sache zu einer Nachtfrage, dann müssen wir verlieren. Wir haben nicht die Kraft, die Behörde zu zwingen, die Gemahregelten wieder einzustellen und die Löhne zu erhöhen. Unmittelbare Vorteile für uns zu erreichen, wird uns nicht gelingen. Wir können nur moralisch gewinnen.“ Damit war für uns die Situation ein für allemal geklärt. Enttäuschungen konnten wir nicht erleben. Mit dem Verlauf des Kampfes wird denn auch die Behörde viel weniger zufrieden sein als wir.

Die dem Streikenden am zweiten Tage des Streiks gestellte unwürdige Zumutung, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen und dann die Entschädigungen der Behörde abzuwarten, andernfalls würden die Ausständigen als entlassen betrachtet und keiner derselben

wieder eingestellt, wurde zurückgewiesen. Wie aus einem Munde erklärten die Streikenden: Das werden wir niemals tun! Als es damit also nichts war, veruchte die Direktion, die Streikenden auf Umwegen zu gewinnen. Wertmeister, Vorarbeiter, Portiers usw. probierten ihre Heberredungskunst an den streikenden Arbeiterinnen. Aber diese blieben fest. Nur ein unorganisierte Arbeiter wurde „arbeitswillig“. Seine „bessere Ehehälfte“ bearbeitete ihn mit schlagenden Häufeln demmaßen, daß er vor Angst ums nackte Leben Streikbrecher anwerben. Diese Preise, von den „Hamburger Nachrichten“, die bei jedem Streit und in politisch aufgeregten Zeiten die öffentlichen Gewalten auffordern, doch diese Bande von Arbeitern niederzulegen und stechen zu lassen, bis zum „unparteiischen“ „Generalanzeiger“, der bei solchen Gelegenheiten nur immer kräftig auf die Arbeiter schimpft — sie mußte berichten, der Streit sei für die Münzverwaltung gegenstandslos geworden, es sei überhaupt von einem Streit keine Rede mehr, denn die Streikenden seien alle entlassen worden. Dazu erschienen dann in diesen Blättern die entsetzlichen Insuperate. Auch wurden nun die Löhne erhöht. Bisher waren die Anfangslöhne 3,25 M. pro Tag, jetzt 3,50 M. und steigen nach drei Monaten auf 4 M. Nach und nach fanden sich nun genügend Streikbrecher. Die Hälfte der Pläge der Streikenden sind freilich noch nicht besetzt, denn die Streikbrecher und zumal die weiblichen Geschlechts mühen erst angelernt werden, um dann später selbst wieder neue zu unterweisen. Es wurden also immer noch mehr Kräfte gebraucht. Wir hatten zuletzt aber darauf keinen Einfluß mehr, denn in der dritten Woche des Streiks wurde das Streiklostenleben verboten, und zwar infolge von Fälschungen zwischen den Streikenden und den Streikbrechern. Der Vorfall soll sich folgendermaßen abgespielt haben:

Am 1. August sahen mehrere Streikende einen Trupp Streikbrecher von der Münze kommen. Mehrere der letzteren waren den Streikenden als hartgesottene Sünder bekannt. Aber einer der „Arbeitswilligen“ hatte am Tage zuvor auf Befragen zu dem Kollegen F. geäußert, ihm gefalle es in der Münze nicht, und er wolle wieder „in den Sad hauen“. F. trat nun an diesen „Arbeitswilligen“ heran und richtete an ihn die Frage, ob er schon wieder aus der Arbeit getreten sei. Darauf antwortete der „Arbeitswillige“, das gebe F. ja gar nichts an; überi apt solle er ihn in Ruhe lassen, und dabei bekam F. aber auch zugleich einen Stoß vor die Brust. F. revanchierte sich durch einen Faustschlag. Als das die anderen „Arbeitswilligen“ sahen, stürzten sie sich auf F., dem seine Kollegen aber auch zur Hilfe kamen, unbeteiligtes Publikum mühte sich noch ein und schlug größtenteils mit auf die „Arbeitswilligen“ los. Säugleute waren nicht zu sehen. Aber der Polizeiwachmeister Thomas kam des Weges, war aber in Zivilkleidung. Thomas stieß nun kräftig in die Signalflöte, erhielt aber auch gleich einen Faustschlag ins Gesicht. Das Alarmsignal hatte aber die Stämper auf die Polizei aufmerksam gemacht, sie liefen nach allen Richtungen auseinander. Der Wachmeister verfolgte umgeben die Kollegen F. und G., und als diese später, weil von dem „Striegsschwarzplag“, recht gemühtlich spazieren gingen, wollte sie der Wachmeister verhaften. Er vergriff dabei, sich als Polizeibeamter zu legitimieren, und darum setzte sich F., der zurecht verhaftet werden sollte, zur Wehr. Von ihm ankommenden Schreien ließen F. und G. sich dann widerstandslos verhaften. Am folgenden Tage wurden dann noch zwei andere Kollegen verhaftet, die aber, da sie an der Schlägerei unbeteiligt waren, wieder auf freien Fuß kamen. Ebenso wurde auch F. wieder aus der Haft entlassen. Nur G., welcher unverletzt ist, blieb in Haft. — Die bürgerliche Presse verbreitete nun die schauerlichsten Nachrichten. Die Arbeitswilligen sollten überfallen und mit Meißern gestochen worden sein, der fragliche Polizeibeamte habe sich gleich anfangs legitimiert, sei aber dennoch mit Pistolen bedroht worden; auswärtige Blätter bewärteten die Schauermär noch mehr auf; sie wußten zu berichten über grobe Ausdauerungen streikender Hamburger Münzarbeiter, bei denen ein Polizist getötet (?) worden sei. Das alles ist natürlich erlogen.

Der Polizei bot die Meisterei aber einen Grund, das Streiklostenleben zu verbieten. Und da die Münzverwaltung mit der Anweisung der „Arbeitswilligen“ verfahren genug zu tun hat, mehr „Arbeitswillige“ auf längere Zeit hinaus also nicht gebrauchen kann, andererseits sich aber mit den angelernten „Arbeitswilligen“ behilft, wenn es auch mit diesen Vassermännchen Gestalten nur läglich geht, so hatte die Fortiegung des Streiks keinen Zweck mehr.

Es wurde nun zunächst beschlossen, folgendes Schreiben an die Münzdirektion zu richten:

Hamburg, den 6. August 1906.

An die Direktion der Hamburger Münze.

In Gemäßheit eines Beschlusses der ausständigen Münzarbeiter und Arbeiterinnen unterbreiten wir hiermit die ergebene Anfrage, ob die Direktion der Münze gewillt ist, mit den Ausständigen über die Wiederaufnahme der Arbeit erneut Rücksprache zu nehmen. Die Ausständigen würden eventuell die Arbeit zu der gegenwärtigen für die Münzarbeiter geltenden Lohnsätzen wieder aufnehmen. Es würde sich dann in der Hauptsache nur darum handeln, wie viele der Ausständigen sofort und welche demnach erst später eingestellt werden können.

Hochachtend

Die Streikleitung.

Es wurde geantwortet:

Hamburg, 8. August 1906.

Auf Ihr Schreiben vom 6. d. M. erwidern wir Ihnen, daß laut Verfügung des Münzdirektors von den ausständig gewordenen Arbeitern und Arbeiterinnen niemand wieder einzustellen ist.

J. B. Caspar.

Der Bescheid des Münzdirektors überraschte uns nicht. Er war vorauszusehen. Wenn er dennoch herausgefordert wurde, so auch wieder in berechneter Absicht. Wir werden diesen Bescheid später vielleicht noch gut verwenden können.

Der Münzdirektor wird an diesen Streit noch manchmal denken. Anfanglich war er freilich ein großer Mann. Er feierte sich als solcher in den „Hamburger Nachrichten“, denen er lange Artikel über seine geschäftliche Tüchtigkeiten schrieb. Er wollte der Hamburger Münze große auswärtige Aufträge und damit viele Tausende pro Jahr Wehrüberkauf zugesichert haben. Er mußte sich aber im „Hamburger Echo“ von einem Engeweihten sagen lassen, daß sein Selbstlob nichts anderes als Renommiererei sei. Ganz deutlich ist bewiesen worden, daß der Münzdirektor weder besondere kaufmännische noch technische Fähigkeiten besitzt. Und was er als Verwaltungs- und Staatsbeamter wert ist, hat der Streit bewiesen. Direktor Keller kennt auch seine schwachen Seiten. Um öffentlich nicht abfällig als berechtigt beurteilt zu werden, ließ er sich vor vier Jahren gerichtlich attestieren, daß er nicht im Dienste betrunken gewesen sei. Und später hat Keller jede Gelegenheit wahrgenommen, über sich in der Presse zu lesen. Wenn eine neue Münzsorte geprägt war, sandte er ein Exemplar an die Redaktionen der bürgerlichen Hamburger Blätter, gleichzeitig aber auch einen Bericht, was er jetzt schon wieder alles zuwege gebracht habe. Solche öffentliche Selbstlobhudelei und dazu einen einflussreichen Gönner, dann können wir auch Direktor spielen.

Wir könnten diesen Faden noch dicker und länger spinnen, doch möge diese Arbeit später kommen. Ebenso eine Verbreitung über manch andere mit dem Streit im Zusammenhang stehende Dinge. Dann wird sich erst recht zeigen, wie reichlich wir mit diesem Streit zufrieden sein können. Aber auf eine ausführliche Erörterung wollen wir doch noch hinweisen: Unsere Organisation hat in diesen Wochen ganz ungemein an Mitgliedern gewonnen. Wir zählen jetzt rund 2000 Mitglieder. Seit dem 1. Januar haben wir fast Tausend Mitglieder gewonnen. Wenn die Bewegung so weiter geht, sind uns in Zukunft bei aufgezogenen Streiks auch unmittelbare Vorteile gewiß. Es leben unsere Freunde, die Feinde!

In Gotha 26 Mann entlassen

weil sie sich weigern, Streikbrecherarbeit zu verrichten. In Gotha streikten zurzeit die Panner und Bauhilfsarbeiter. In der Gartenstraße war ein Mann tiefer zu legen, welche Arbeit der Postmeister Schelle übernommen hatte. Auch bei diesem Unternehmer wurde gestreikt und er hatte keine Leute. Trotzdem dies als Privatarbeit war, wurden städtische Arbeiter zum Betonarbeiten und stampfen kommandiert. Unsere Kollegen lehnten es ab, Streikarbeit zu verrichten, zumal sie für diese Arbeiten gar nicht angenommen und verpaidet sind. Die Stadt bot sogar eine Zulage von 5 Pf. und als 64 unserer braven Kollegen standhaft blieben, wurden sie nach und nach, zusammen 26 Mann, entlassen! Diese Maßnahme ist von der obersten Stelle der Stadt gutgeheißen worden! Die Reichsredakte des Regierungsblattes „Gothaische Zeitung“ nennen unsere ehrenhaften Kollegen, die sich standhaft weigern, eine Schustererei zu begehren, herumlungernde Tagelöhne! — Freche Vagage!

Aus Staat und Reich.

Wie es mit den staatsbürgerlichen Rechten der Staatswerkhüttenarbeiter zu Spandau bestellt ist, erfahren wir aus der Tagespresse. Viele Arbeiter haben einen Verein. Kürzlich sind die Vorstandsmitglieder entlassen worden, nachdem — nach bürgerlichen Blättern — in einer Vereinsversammlung sozialdemokratische Agitatoren Medien gehalten hatten. Der Verein richtete darauf an die Fabrikleitung die Anfrage, aus welchem Grunde die Maßregelung erfolgt sei, und die Wünsche daran die Mütze, die Mündigung zurückzunehmen. Die Vorstandsmitglieder haben nun, da sie ja nicht mehr den Staatswerkhütten angehören, ihre Ämter niedergelegt, und es ist ein neuer Vorstand gewählt worden. Die Mitglieder treten jetzt massenweise aus dem Verein aus.

In einer Versammlung, die von mehreren hundert Berliner Telegraphenarbeitern in einem Saal in der Reuen Königsstraße veranstaltet war, wurde über die Wünsche der Telegraphenarbeiter beraten. Es wurde eine Kommission bestimmt, die folgende Forderungen der Telegraphendirektion unterbreiten soll: 1. Erhebung des Lohnes um 50 Pf. pro Tag für alle Lohnstufen. 2. Fortfall der Jahrgelder; dafür Jahr- und Monatseingelder bei Beschäftigung außerhalb der Weidbildungsgänge. 3. Bezahlung der Festtage. 4. Kostenlose

Ärztliche Untersuchung bei Neueinstellungen. Arbeiter, die über ein Jahr tätig sind, gelten als gesund. 5. Ein Sommerurlaub schon nach dreijähriger Tätigkeit. Der Bescheid auf dieses Gehalt soll am Sonntag, 12. d., in einer neuen Versammlung bekannt gegeben werden. Wie der Einberufer mitteilte, ist eine „öffentliche“ Versammlung seitens des Postinspektors nicht gestattet worden, dagegen eine vertrauliche Besprechung, in der die Telegraphenarbeiter ihre Wünsche formulieren könnten.

Aus unserer Bewegung.

Berlin III (Wasserwerke). Sektions-Versammlung am 20. Juli 1906. Den Bericht des Arbeiterausschusses gab Kollege Volkmann. Er teilte mit, daß die Forderungen betreffend zwei Stunden Landzulagen bei Arbeiten auf den Werken Friedr. Schlegel und Tegeel, ebenso auf den Motortrecken Wehnd, Tegeel, Nichtenberg und Tegeel, ebenso auf den Motortrecken Wehnd, Tegeel, Nichtenberg und Tegeel, von der Direktion bewilligt worden sind.

Den Bericht von der erweiterten Verwaltung gab ebenfalls Kollege Volkmann. Der Bericht und die anschließende Diskussion befaßten sich in der Hauptsache mit den Vorschlägen der neu zu wählenden Ältesten.

Da die Versammlung schwach besetzt war, wird den Vertrauensleuten zur Pflicht gemacht, mehr in ihren Motiven für den Besuch unserer Versammlungen zu agitieren, zumal jeder Vertrauensmann im Besitze eines Versammlungskalenders ist und mithin weiß, wann die nächstfolgende Versammlung stattfindet.

Hannover. Am 1. August fand eine Mitgliederzusammenkunft statt, in der Kollege Müller, Berlin den Bericht vom Verbandstage erstattete. Die Versammlung sollte dem Referenten vollen Beifall und war mit den Beschlüssen des Verbandstages einverstanden. Am 2. August waren durch Handzettel die städtischen Arbeiter, das Stadtbauamt, Kanalisation und Wasserwerke zu einer Versprechung eingeladen. Kollege Müller referierte über die Notwendigkeit der Organisation. Der Besuch dieser zweiten Zusammenkunft ließ viel zu wünschen übrig. Der Vortrag des Referenten wurde mit Beifall belohnt. Von Organisation haben leider noch viele unserer städtischen Arbeiter keine blasse Ahnung; sie möchten wohl im Verband sein, wenn nur das Beitragsbehalten und die Angst nicht wäre. Darum ist es Pflicht eines jeden Kollegen, dafür zu streben, daß die Organisation immer größer und stärker wird. Es liegen sich an beiden Abenden einige Mitglieder aufnehmen.

Königsberg i. P. Am Sonntag, den 29. Juli, fand in Ludwigshof eine Mitgliederversammlung des Verbandes der städtischen Arbeiter statt, in der Genosse Marschall einen Vortrag hielt über das Thema: „Kommunalpolitik der Sozialdemokratie“. Der Referent entrollte die ganze Mißere der bürgerlichen Kommunalpolitik, die nur durch das kleine Kommunalwahlrecht in den preussischen Städten ermöglicht werde, weil dies Wahlrecht verhindere, daß die größte Partei, die Sozialdemokratie, genügend ihre Vertreter in die Kommunalverwaltungen hineinbringen kann. Eingehend besprach der Redner die Forderungen und Ziele der sozialdemokratischen Kommunalpolitik. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde von verschiedenen Rednern kritisiert, daß die Arbeiter des Schlächthofes und der Farbverwaltung immer noch nicht ihren Sommerurlaub erhalten hätten und daß über die Pensionsfrage seitens der Betriebsleitungen nur ungenügende Auskünfte gegeben werden. In einzelnen städtischen Betrieben sei immer noch nur eine einstündige Mittagsruhe — so führten weitere Redner aus — die völlig unzureichend sei, da die Arbeiter, besonders jetzt in der Hitze und wenn sie weite Wege haben, so gut wie gar keine Mittagsruhe hätten. Ferner gab der Redner den Massenbericht vom 2. Quartal 1906 und vom 1. Stiftungsfeste dem Massener wurde Decharge erteilt. Dann meldeten sich vier Kollegen freiwillig als Hauskammer. Beschlüsse wurde weiter, dem Verbands-Vorsitzenden für seine große Zeitverräumnis eine Entschädigung zu gewähren. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Magdeburg. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung aller städtischen Arbeiter fand am 5. August im „Freikaiserbund“ statt. Müller Berlin referierte. Es wird wohl von Seiten der städtischen Behörden immer auf die beamtenähnliche Stellung des städtischen Arbeiters hingewiesen, aber sie werden, wenn ihre Mächte im Dienste der Stadt verbracht sind, zum alten Eisen gehören wie die Industriearbeiter auch. Es verurteilt ferner das Verhalten einzelner städtischer Behörden, worunter der Breslauer Magistrat, der einen Mann an die städtischen Arbeiter, der ihnen das Realisationsrecht illiterisch macht, erzieht, an der Spitze steht. Weiter kündete er die falschen Löhne in Magdeburg und hob hervor, daß 120 Mk. für einen Jahresarbeiter der Gasanstalt bei zwölfstündiger Arbeit viel zu wenig sei. Daß aber auch noch Löhne von 250 Mk. pro Tag gezahlt werden, spottet jeder Verbreitung. Die neuen Forderungen, so meinte der Referent am Schluß, wären so bescheiden, daß der Magistrat und die Stadtverordneten dafür stimmen können. An der Diskussion Spezialreferenten nach mehrere Redner den Vorkauf. Sie hoben hervor, daß es durchaus nötig ist, zu den Ersatzleistungen Vorkauforderungen zu stellen. Ein Redner verlas eine Notiz aus einer hiesigen Tageszeitung, die besagt, daß ein Staatsbeamter, wenn er einlich bleiben soll, mindestens 4000 Mk. Gehalt haben müsse. Einem städtischen

Arbeiter aber wird zugemutet, mit 600 Mk. ehrlich zu bleiben. Der vorgelegene Lohnstarif und folgende Resolution fand einstimmig Annahme:

Die am 5. August 1906 im „Freikaiserbund“ stattgehabene öffentliche Versammlung aller städtischen Arbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Genossen Müller, einverstanden. Sie erkennt an, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der bei der Stadt Magdeburg beschäftigten Arbeiter durchaus verbesserungsbedürftig sind. Sie fordert demzufolge in erster Linie die Umwandlung der Stundenlöhne in Wochenlöhne, Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage und unverdienten Arbeitsverräumnis, Ausbau der hygienischen Einrichtungen, einheitliche Löhne nach Mäßen mit progressiver Steigerung nach den der Versammlung vorgelegten Vorschlägen. Die Versammlung beauftragt demzufolge den Vorstand des Gemeindefacharbeiter-Verbandes einen sich mit den heutigen Vorschlägen deckenden Tarifvertrag nebst Begründung auszuarbeiten und den Kollegen zurzeitellen. Die Arbeiterausschüsse werden verpflichtet, diesen Tarifvertrag dem Magistrat zu unterbreiten. Die Versammlung verpflichtet sich, durch den Ausbau der Organisation der Gemeindefacharbeiter dem Tarif die nötige moralische Unterstützung und den Arbeiterausschüssen einen starken Rückhalt zu sichern und demnach ihre ganze Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen.

Einzelne Kollegen führten Klagen über Mißstände in den Betrieben, die aber in den Betriebsbesprechungen aufgenommen werden sollen. Ein Halberstädter gemäßigter Gasarbeiter kündete noch das arbeiterfeindliche Verhalten des Gasdirektors Zint dabeilbst, was allgemeine Mißbilligung fand.

Mannheim. Am 13. Juli tagte in der „Zentralhalle“ eine gutbesuchte Versammlung der Gasarbeiter der beiden Gaswerke. Der Gauarbeiter Kollege Richard Deckmann referierte eingehend über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gasarbeiter. Es herricht unter denselben große Unzufriedenheit über die Entlohnung der Gasarbeiter und Handwerker, sowie über die Arbeitszeit der Maschinenisten und Heizer, welche 12 Stunden arbeiten müssen, aber nur 10 bezahlt erhalten. Die Gasarbeiter werden mit 3,30 Mk. Anfangslohn „entlohnt“ und erhalten nach einem Jahre 3,50 Mk. Ein wahrer Schandlohn für die schwere Arbeit bei den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen. Bereits im Februar d. J. haben die Gasarbeiter beider Werke ihre diesbezüglichen Forderungen dem Stadtrat in einer Petition unterbreitet, ohne daß dieselbe bis jetzt einen Erfolg gezeitigt hätte. In früheren Zeiten hieß es von Seiten des Direktors Vaier, die Gasarbeiter der Gaswerke hätten eine leichte Arbeit, während die Leute selbst sich nicht genug beschweren können über die fortwährende Anstrengung und Schusterei, namentlich beim Kohlenladen, wo oft ein Mann den anderen vor Staub nicht sehen kann. Nun hat der Stadtrat bezug die jetzige Direktion im Frühjahr den Umbau der Kohlenaufzüge in einer Vorlage an den Bürgerausschuß herr. Erweiterung des Gaswerks Lützenberg damit begründet, daß die veraltete Staubentwicklung in der Kohlenhalle für die Arbeiter gesundheitsschädlich sei. Die Verminderung der Staubentwicklung durch die neue Einrichtung wird aber, wenn eine solche überhaupt eintritt, für die Arbeiter nur von außerordentlich geringer Bedeutung sein, da der Fehler an der mangelhaften Ventilation liegt, die durch die veraltete Anlage der Kohlenhalle bedingt ist, wie ja Konstruktionsfehler in der ganzen Anlage des II. Gaswerks überhaupt eine ziemlich große Rolle spielen. Leider fanden die diesbezüglichen Ausführungen des Stadtr. Gen. Löber in der Bürgerausschussung seiner Zeit wenig Anklang.

Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesen Zuständen kam durch die Diskussionsredner zum vollen Ausdruck und wurde namentlich das Verschleppen der Petition durch den Stadtrat entschieden verurteilt. Offenbar ludt derselbe nach einer halbwegs passablen Ausrede, um die Forderungen wieder ablehnen zu können, was freilich ziemlich schwierig ist, nachdem nun die Schwere bezw. Gesundheitschädlichkeit der Arbeit amtlich zugegeben wurde. Die Arbeiter sind nicht gelommen, sich das auf die Dauer ruhig gefallen zu lassen. Folgende durch den Arbeiterausschuß dem Stadtrat zu unterbreitende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

Die am 13. Juli in der „Zentralhalle“ tagende, von den Arbeitern der beiden Gaswerke zahlreich besuchte Versammlung protestiert entschieden gegen die Verschleppung ihrer im Februar an den Stadtrat eingereichten Petition. Sie betrachtet die darin aufgestellten Forderungen als das Minimum dessen, was bei der schweren gesundheitschädlichen Arbeit in den Gaswerken dem Arbeiter gewährt werden muß und es verprechen die Anwesenden, mit aller Energie und allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, daß diese Forderungen endlich zur Durchföhrung gelangen. Sollte sich ein verzeßlicher Stadtrat nicht entscheiden können, die Forderungen anzunehmen, so bitten wir, dies unbedingt bis 1. August dem Arbeiterausschuß mitteilen zu lassen.

Am Gaswerk Lützenberg hat man wieder einmal überbunden machen müssen am Versammlungabend. Der Redner fragte die Leute, ob sie lieber in die Versammlung gehen oder arbeiten wollten. Vergleichen Mühen sind etwas alt und abgebraucht; wir hätten erwartet, daß eine so junge Betriebsleitung neue Kräfte würde, jedenfalls werden aber die Leute sich dadurch nicht in der Fortsetzung ihrer Interessen betreten lassen und in gelegener Zeit ihren Mann stellen.

Aus den Gemeinden.

Als Sommerwohnung für den Berliner Oberbürgermeister Rirschner ist bekanntlich das ehemalige Herrenhaus des Reichsgutes Vuch eingerichtet worden, und die Stadtverordneten haben sich bei der Ausstattung der schönen Räume nicht knauserig gezeigt. Von dieser „Sommerwohnung“ schreibt die „Berl. Beamten Ztg.“ folgendes: Wir konnten schon einmal hierüber berichten, und zwar am 15. April cr. Damals handelte es sich um eine Bewilligung von 8500 M. für die Ausmöblierung des Sommerpalais des Herrn Rirschner, heute um ein gleiches. Eine uns zugegangene Zuschrift beklagt uns, daß obige Summe noch nicht hinreichend sei, um Schloss Vuch zu einem wohnlichen Heim zu gestalten, dazu komme noch eine Nachforderung von ca. 7000 M. Respekt! Dieser gleich ganze, als halbe Arbeit, so denkt jedenfalls Herr Rirschner. Man muß es ihm lassen, er versteht es, sich in der sommerlichen Hitze es bequem zu machen. Warum auch nicht! Unsere Herren Stadtväter werden ja doch nicht, Herr Wallach wird hierbei sicher nicht in dem Sinne von einer „aufgedrungenen“ Summe sprechen, wie er gelegentlich der Beratung über die Vorlage betreffend die Verneuerung der etatsmäßigen Stellen im Etatsjahr 1906 usw. über die „aufgedrungene Beamtenkategorie“ zu sprechen sich gut fand. Im Gegenteil, hier wird er mit aller Energie die Notwendigkeit dieser Nachbewilligung darzutun versuchen. Daß diese Nachbewilligung notwendig ist, davon zweifelt wohl niemand. Ein Sommerpalais, das mit nicht weniger als 15 Thermometern und 5 Uhren (diese Anzahl Grad- und Zeitmesser soll nach der uns vorliegenden Zuschrift die Firma A. W. in der Leipzigerstraße geliefert haben) ausgerüstet ist, muß daher auch in anderer Hinsicht entsprechenden Prunk erhalten. Doch mißgönnen wir Herrn Rirschner diesen Luxus nicht. Wir hoffen vielmehr, daß bei dem Herrn Oberbürgermeister in all diesem Komfort gelegentlich auch einmal die von ihm mit so großer Empfindsamkeit im Herrenhaufe hervorgehobene „Besinnung des Herzens“ seinen Beamten gegenüber zum Durchbruch kommt. Das alte Lied der schlechten Finanzen wird hinfällig, wenn man derartige kostspielige Ausgaben für eine einzelne Person berücksichtigt. Im Vorjahre eine Gehaltsaufbesserung von 6000 M., in diesem Jahre Schloss Vuch mit einer eleganten Ausstattung von 15000 M. Für die städtischen Beamten jedoch keinen Heller.

Und für die städtischen Arbeiter? Da hat man noch weniger Geld.

Wagena. Der Gemeinderat bewilligte in seiner letzten Sitzung den Stadtarbeitern eine Lohnerhöhung, die sich zwischen 10 und 20 Pfennig pro Tag bewegt und nach dem Dienstalter und der Beschäftigungsart abgestuft ist.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

Verpflichtung der Krankenkasse zur zahnärztlichen Behandlung. Nach einer in der „Deutschen Juristenzeitung“ mitgeteilten Entscheidung des Württembergischen Verwaltungsgerichtshofes hat die Krankenkasse unter Umständen auch für zahnärztliche Behandlung zu sorgen. Unter Krankheit im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes ist zu verstehen jeder anormale Körperzustand, der objektiv ärztliche Behandlung, Arznei oder Heilmittel erforderlich macht oder die Erwerbsfähigkeit in merklicher Weise beeinträchtigt. Das gilt für jede Art der Erkrankung des menschlichen Körpers, also auch für Erkrankungen der Zähne. Die sogenannte Zahnfäule ist hiernach wohl nicht unter allen Umständen und nicht bei allen Personen als Krankheit anzusehen. In dem Falle, welcher der Entscheidung zugrunde lag, hatte aber der Betroffene an einem Zahn so heftige Schmerzen gehabt, daß sein Wohlbefinden und seine Arbeitsfähigkeit in sehr erheblichem Maße gestört waren. Daß der Zahnarzt seine Behandlung über den schmerzenden Zahn hinaus auch auf die anderen von der Zahnfäule ergriffenen Zähne ausdehnte, war nicht zu beanstanden, da es keineswegs nur zur Beseitigung von Schönheitsfehlern geschehen war. Das Plombieren fällt, wie das Gericht weiter ausführt, ebenfalls unter den Begriff der ärztlichen Behandlung und nicht unter den der Heilmittelgewährung, weil bei ihm das Wesentliche die persönliche Tätigkeit des Arztes ist, gegen die das sächliche Mittel, die Plombe, zurücktritt. Ersatzpflichtig sind selbstverständlich nur dem Zweck genügende, billige Füllungen, nicht etwa Goldplomben.

Verchiedenes.

Ein Rechenexempel. Allen denjenigen unserer Mitglieder, denen die Beitragsverböhung mißfällt, zur Beachtung empfohlen.

Die „Mh. Ztg.“ in Köln schreibt in ihrer Nummer vom 13. Juli cr. folgendes: Nachträgliches zur Kölner Straßenbahnerbewegung. Warum würigte der christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband den drohenden Straßenbahnstreik ab? Darauf wurden schon die verschiedensten Antworten gegeben. Heute

wollen wir auf die finanzielle Seite dieser Sache hinweisen. Das christliche Verbändchen hatte laut der im Zentralblatt wiedergegebenen Abrechnung am 1. Januar 1906 einen Kassenbestand von nur 17000 M. in der Kasse. Nun gewährt der Verband aber Maßregelungsunterstützung, Umzugsgelder, Arbeitslohnunterstützung, Zierbeimunterstützung und Kollagenunterstützung — alles für 20 M. Wochenbeitrag. Will der Verband seinen Verpflichtungen nachkommen, so muß er Rücklagen machen. Nehmen wir nur 7000 M. von diesen 17000 M. hinweg und heben diese auf für die vielseitigen Unterstützungsarten, so bleiben noch 10000 M. Nun, so lagen wir, treten die „Tausend“ im christlichen Verbände der Hilfs- und Transportarbeiterverband organisiert Straßenbahner in den Streik. Die erste Woche gibt es nichts. Sodann wird Unterstützung gewährt. Als Tag gilt zu mindest die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes. Diese Unterstützung darf jedoch die Hälfte des am Orte üblichen Durchschnittslohnes nicht übersteigen. Die Löhne der Fahrer schwanken zwischen 3,50 und 5.— M., die der Schaffner zwischen 3. und 4,50 M. Nehmen wir nun an, jeder Streikende hätte täglich 2 M. Unterstützung erhalten — die freien Verbände zahlen durchweg höhere Sätze — dann hätten diese 10000 M. vorausgesetzt, daß sie überhaupt zur Verfügung gestellt worden wären — gerade für fünf Tage ausgereicht. Dann wäre der Bankrott da. Kein Wunder also, wenn die „christlichen“ Weiter alles verschudeten, den Streik unmöglich zu machen. Vielleicht regt diese einfache Rechnung die Straßenbahner zum Nachdenken an.

Der christliche Verband wird seine Beiträge auf seinem Mainzer Verbandstag erhöhen. Auch unser Verband tat dies. Hoffen wir, daß alle Kollegen die Notwendigkeit dieser Maßnahme erkennen. S. S.

Eingegangene Schriften und Bücher.

Eine Broschüre: „Alkohol und Gesundheit“, vollständig dargestellt von Herrn Dr. A. Großhain, Berlin, hat die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte herausgegeben. Dieselbe ist 24 Seiten stark und kostet 15 Pf. Bei Entnahme von über 200 Exemplaren 10, und bei über 500 Exemplaren 7½ Pf.

Der Verfasser bespricht hier in kurzer Form nach verschiedenen Richtungen hin die Schädlichkeit des Alkoholmißbrauchs. Er spricht sich nicht für völlige Enthaltensamkeit aus, sondern nur für den mäßigen Genuß des Alkohols. Da die Krankenkassen wohl öfter in die Lage kommen an ihre Mitglieder Krankengeld zu zahlen, für Erkrankungen, von denen man wohl annehmen kann, daß der Ursprung oder die Auslösung derselben auf den Mißbrauch des Alkohols zurückzuführen sind, so würde diese Broschüre sehr zu Belehrung der Kassenmitglieder beitragen, und es würde somit auch der Alkoholmißbrauch immer mehr und mehr eingeschränkt werden.

Bekanntmachung.

Die persönliche Bemerkung des Kollegen Bürger zum Berliner Versammlungsbericht läßt die Vermutung zu, als seien unsererseits mit dem Kollegen Bürger irgendwie Verhandlungen betreffend Postenbesetzung gepflogen worden. Um allen Zweifeln zu begegnen, erklären wir, daß dies nicht der Fall ist.

Der Verbandsvorstand.

Ich habe mit dem Filialvorstand Hamburg mein Abkommen getroffen, daher ist obige Bekanntmachung deplaziert.

Geurtich Bürger.

Berichtigung.

In der „Drittung der Hauptkasse“ in voriger Nummer heißt es:

Borns M. 73,26. Es muß heißen:
Borns M. 35,06, Würzburg M. 73,26.

G. K. Mann, Hauptkassierer.

Anzeigen.

Totenliste des Verbandes.

Friedrich Schröder, Aiel † 8. August 1906 im Alter von 73 Jahren	Franz Köhler, Mannheim † 8. August 1906 im Alter von 64 Jahren
--	--

Herrmann Kahar

Berlin IV (Englische Gasankalten Oberhafenweide)
† 11. August 1906 im Alter von 21 Jahren

Ehre ihrem Andenken!